



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 15. November 2012

Datum: 13. November 2012

Nummer: 2012-339

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Mündliche Anfragen

für die Landratssitzung vom 15. November 2012

Vom 13. November 2012

1. Sandra Sollberger: Schikanöses Anstellungsverfahren

Wie jeder andere Betrieb ist auch der Kanton Basel-Landschaft auf bestens qualifizierte Mitarbeiter/innen angewiesen. Damit die entsprechenden Personen rekrutiert werden können, bedarf es eines diskreten und schnellen Verfahrens. Wichtig ist dabei auch, dass der Arbeitgeber der anstellungswilligen Personen vor der definitiven Zusage nicht involviert wird, da dies den Arbeitnehmer in Schwierigkeiten bringen kann. So wird ein Zwischenzeugnis vor der Kündigung beim Arbeitgeber verlangt, was einem Misstrauensvotum gegenüber den Anstellungswilligen gleichkommt. Ebenfalls hindert das lange Verfahren und die Kompetenzverzettlung, dass sich die kompetentesten Fachpersonen zurückziehen. Es drängen sich deshalb folgende Fragen auf:

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Praxis des Personalamtes im Sinne einer Qualitätssteigerung der anstellungswilligen Personen zu ändern und im Sinne des Arbeitnehmerschutzes auf Zwischenzeugnisse zu verzichten?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Kompetenz der Vorgesetzten, welche eine Person einstellen, klare Aussagen auch bezüglich Lohn definitiv machen kann?
3. Wie viele Personen sind bei der Anstellung neben dem Vorgesetzten in das Verfahren involviert?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat den Formalismus bei Anstellungen zu dezimieren und das spürbare Misstrauen und somit die Negativausstrahlung bei anstellungswilligen Personen zu eliminieren?

2. H.J. Ringgenberg: GABA streicht fast 100 Stellen

Die Ankündigung über die Streichung von fast 100 Stellen bei der Firma GABA AG, Therwil hat im Leimental Betroffenheit ausgelöst.

Fragen:

1. Seit wann weiss die Regierung von diesem Stellenabbau?
2. Hat die Regierung irgendwelche Anstrengungen unternommen, den Stellenabbau zu verhindern?
3. Sind es allein die betriebswirtschaftlichen Gründe,

die zur Aufgabe des Standorts in Therwil geführt haben?

4. Was unternimmt die Regierung, um Ersatz zu finden, damit die Gebäulichkeiten weiter genutzt und dort neue Arbeitsplätze geschaffen werden können?
5. Werden dabei die Möglichkeiten, die das Wirtschaftsförderungsgesetz bietet, voll ausgenutzt?

3. Marie-Theres Beeler: Spitalfinanzierung und Psychiatrie Baselland

Im Mai 2012 wurde ein dringliches Postulat [überwiesen](#), das den Regierungsrat auffordert, im Hinblick auf den Budgetprozess 2013 die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung auf die Psychiatrie Baselland darzulegen. Leider liegt bis heute kein Bericht vor, der ermöglichen würde, unter Einbeziehung der Auswirkungen insbesondere die gemeinwirtschaftlichen Leistungen seriös zu budgetieren.

Die Befürchtung, dass die Psychiatrie Baselland und insbesondere die ambulanten psychiatrischen Dienste mit der neuen Spitalfinanzierung einen Aderlass erleben, scheint sich leider zu bewahrheiten. Von Mitarbeitenden wird eine massive Ausdünnung im Bereich der Pflege festgestellt, die sich auf die Qualität und Sicherheit in der Betreuung als auch auf die Belastung der Mitarbeitenden höchst problematisch auswirkt.

Fragen:

1. Wie haben sich der Stellenschlüssel Pflege (HF und FaGe) und die Auslastung der Klinik von Januar 2011 bis November 2012 entwickelt?
2. Wie wird die vom Pflegepersonal berichtete Personalausdünnung in der Pflege begründet?
3. Welche gemeinwirtschaftlich zu finanzierenden Leistungen erbringt die Psychiatrie Baselland in der Klinik, bei den externen Psychiatrischen Diensten und den weiteren Abteilungen?
4. Ist der Stellenabbau im Bereich der Pflege eine direkte Folge von zu gering kalkulierten gemeinwirtschaftlichen Leistungen?
5. Wann darf der Bericht zum dringlich überwiesenen Postulat [2012-124](#) erwartet werden?

4. Georges Thüring: Unregelmässigkeiten beim Messe-Bau?

Auch wenn die Grossbaustelle der Messe Basel nicht in die Zuständigkeit des Kantons Basel-Landschaft fällt und unsere Amtstellen - allen voran das KIGA - hier nicht in der Kontrollpflicht stehen, kann es uns nicht gleichgültig sein, was auf dieser Baustelle passiert. Unser Kanton ist Aktionär der Messe Basel, leistet einen namhaften Beitrag an den Messe-Neubau und nimmt mit unserem Volkswirtschaftsdirektor auch Einsitz im Verwaltungsrat der MCH Group AG. Somit steht unser Kanton zumindest teilweise und indirekt auch in der Verantwortung.

Fragen:

1. Es ist nicht das erste Mal, dass die Grossbaustelle der Messe Basel wegen des Verdachts auf Lohndumping und weiterer Unregelmässigkeiten ins Gerede kommt. Wurden solche Verdachtsmomente und die bisherigen Vorgänge beim Messe-Neubau - z.B. die Arbeitsunfälle - im Verwaltungsrat thematisiert?
2. Welche Massnahmen gedenkt der Verwaltungsrat der MCH Group AG zu unternehmen, um allfällige Unregelmässigkeiten beim Messe-Neubau künftig zu unterbinden?
3. Welche Haltung nimmt der Kanton Basel-Landschaft als Aktionär und namhafter Mit-Kostenträger des Messe-Neubaus in dieser Frage ein?
4. Wie gedenkt der Baselbieter Vertreter im Verwaltungsrat der MCH Group AG den Standpunkt des Kantons in dieser sozialpolitisch nicht unerheblichen Frage einzubringen?

5. Regina Vogt: H2 Projekt

Die Realisierung des immensen H2 Projektes kommt zügig voran.

Ein gigantisches Werk steht als gelungener verkehrstechnischer Wurf für die Zukunft und trägt mit den Investitionen gleichzeitig zur verkehrsberuhigenden Situation im unteren Ergolzthal bei.

Der nächste und letzte Abschnitt in diesem zusammengehörenden Konzept, die Umfahrung der Kantonshauptstadt Liestal, steht vor der letzten planerischen Hürde.

Auch hier ist es von grösster Wichtigkeit, dass die weitsichtigen und nachhaltigen Massnahmen - nämlich das Verkehrskonzept von Liestal mit Zentrumsanschluss (insbesondere "Zentrumsanschluss Nord") - umgesetzt werden.

Fragen:

Wie gedenkt der Regierungsrat diese letzte Bauetappe im Sinne einer einheitlichen Strategie, auch im Wissen um Bundesübernahme der HUL ab 2014, die Sanierung der H2 Umfahrung Liestal vorberatend zu unterstützen und damit zur Realisierung zu verhelfen?

Landeskanzlei Basel-Landschaft